



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Telefon: (030) 40 05 40 12

Telefax: (030) 40 05 40 13

eMail: info@dbsh.de

Internet: www.dbsh.de

Berlin, den 14.02.2013

ERKLÄRUNG

Familien in Deutschland – ein Opfer politischer Machtkämpfe ?

Familienpolitik in Deutschland- zuerst wird der überfällige Armutsbericht zurückgehalten und nun werden unveröffentlichte Studien zur Wirkungslosigkeit der Familienpolitik in Deutschland bekannt.

Seit Jahren hat der DBSH gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialen Praxis und Lehre auf ansteigende Problemlagen in deutschen Familien mit Kindern hingewiesen. Diese kritische Situation wurde bereits von verschiedenen seriösen Studien und Berichten nachgewiesen und ist öffentlich nicht strittig. In dieser Situation reagieren die politisch Verantwortlichen jedoch nicht mit wirksamen Hilfen für Familien, sondern obendrein mit (An)Klagen in Bezug auf steigende Kosten im Sozialen Bereich und insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Aktuell sind erschreckende politische Bestrebungen zu beobachten, das geltende fortschrittliche Kinder- und Jugendhilferecht zum Nachteil der jungen Menschen und ihrer Familien in Deutschland zu verändern. Es wurden politische Versuche unternommen, Rechtsansprüche zu streichen. Nachdem dies von der Fachöffentlichkeit vereitelt wurde, wird nun, geduldet und mit Wissen von Bund und Ländern, vielerorts von der Kommunalpolitik dazu übergegangen, Rechtsansprüche für Familien in der Kinder- und Jugendhilfe aktiv zu unterlaufen.

Immer wieder werden im Kalkül der politischen Machterhaltung in den jeweilig bevorstehenden Wahlkämpfen, familienpolitische Maßnahmen zum Teil gegen den Widerstand der Fachleute durchgeboxt. Letztlich kann man jedoch davon ausgehen, dass dieser Aktionismus, ein Indiz dafür ist, dass inzwischen auch die Politik über die erdrückenden Fakten nicht mehr reaktionslos hinwegsehen könnte, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Die neue Strategie scheint es einmal mehr zu sein, die Informationen über die wirkliche Lage von Familien möglichst zurückzuhalten. Es scheint, die Familienpolitik in Deutschland hat sich festgefahren. Was läge da näher, als sich in anderen Ländern nach geeigneten Modellen umzusehen. „Wäre es nicht gerade auch in einem geeinten Europa notwendig zu prüfen, warum in anderen Ländern die Familienförderung positivere Auswirkungen zeigt und gesellschaftliche Strukturen vorhanden sind, die Familien tragen können? Strukturen, in denen Familien nicht das Gefühl haben müssen, nur ein notwendiges Übel zu sein“, so Heidi Bauer-Felbel, Stabsstelle Kinder- und Jugendhilfe des DBSH.

Nach der erneuten Verschiebung der Veröffentlichung des Armutsberichtes¹, erfahren wir nun aus der deutschen Presse, dass der Regierung in einer von ihr selbst in Auftrag gegebenen Studie bescheinigt werden solle, dass ihre Familienpolitik und die damit in Verbindung stehenden Komplexe von ehe- und familienpolitischen Leistungen, nicht wirksam und nachhaltig sind. Vielmehr sollen sie sogar die Entwicklung von Familien behindern, wie beispielsweise in der Entwicklung der Geburtenrate abzulesen ist.

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. (DBSH) fordert:

- die ungekürzte Veröffentlichung des Berichtes, der zufolge des ²"Spiegel", als gemeinsames Forschungsprojekt des Bundes- Finanz- und Familienministeriums in Auftrag gegeben wurde. Das ursprüngliche Ziel habe gelautet, noch in dieser Legislaturperiode eine "Gesamtevaluation aller ehe- und familienpolitischen Leistungen" vorzulegen.
- von der Bundesregierung, umgehend alle ihr ggf. weiterhin zur Verfügung stehenden Informationen über die Situation von Familien in Deutschland vorbehaltlos offen zu legen.
- aufgrund der Brisanz der Situation, die Einbeziehung der Berufs- und Fachverbände, der Gewerkschaften sowie der Praxis und Lehre der Sozialen Arbeit, sowie der Sozialen Berufe, bei der weiteren Strategieentwicklung der Politik.
- die Bundesregierung auf, einen wirksamen und nachhaltigen Beitrag für die zukünftigen Generationen zu leisten und dabei die besser wirksamen und nachhaltigeren Erfahrungen insbesondere des vereinten Europa zu Grunde zu legen.

Was ist los in Deutschland?

Deutschland steht auch im Familienspektrum vor der Entscheidung, sich der Ökonomie zu unterwerfen und die „Hast Du was – Bist Du was“ Mentalität weiter zu betreiben **oder** einen gesellschaftlichen Wandel, wieder hin zu einem Miteinander – einer neuen Gemeinschaft - entstehen zu lassen.

Gegenwärtig zahlen die Familien in Deutschland einen hohen Preis, für eine verfehlte Familienpolitik, mit allen ihren – wie nun wohl auch wissenschaftlich nachgewiesen – nicht wirksamen und nicht nachhaltigen Methoden. Die Priorität ist klar. Es geht um die Belange der Wirtschaft, damit es auch weiter heißen kann: *"Es gibt allen Grund zur Zuversicht. Deutschland wird auch 2013 Vorreiter bei Wirtschaft und Arbeitsmarkt sein", so Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts am Mittwoch in Berlin.*³

Dabei werden doch für Familien in unserer Republik in verschiedenen Bereichen jährlich bis zu 200 Milliarden Euro ausgegeben. Was läuft also schief? Es ist ja nicht nur die falsche Einschätzung des

¹ http://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Forderung_zum_Armutsberichts_von_der_Bundesregierung.pdf

² Der Spiegel, 03. 02. 2013 „Verheerende Noten für deutsche Familienpolitik“

³ Vgl. Stern, 16. Januar 2013 - Rösler: Deutschland bleibt Vorreiter in Europa - <http://www.stern.de/wirtschaft/news/deutschland-bleibt-vorreiter-in-europa-1955627.html>

Bedarfes an Kita-Plätzen, oder die selbst nach der ursprünglichen Schätzung noch fehlenden 220.000 Kita-Plätze. Es ist vor allem einer falsche Philosophie der Stellung von Familien mit Kindern in der Gesellschaft, der entsprechend die falschen Instrumente entspringen. Ob Kindergeld, Mitversicherung von Familienangehörigen, Ehegattensplitting, Kitaplätze, Rentenversicherung, Elterngeld, Betreuungsgeld oder die Entprofessionalisierung der Erziehungshilfen, - die gegenwärtige Familienpolitik bietet keine Sicherheit für Familien. Die familienpolitischen Maßnahmen machen den Eindruck, als Alibihandlungen zu fungieren.

Eltern, insbesondere Frauen, werden nach wie vor durch Kinder vom gleichberechtigten Berufsleben ausgeschlossen. Aber dort und ausschließlich dort wird bislang alles das geboten, was unsere Gesellschaft zu vergeben hat, und das sind: Geld für ein würdevolles Leben, soziale Sicherungen für mehrere Generationen, der gesellschaftliche Status für die ganze Familie sowie die Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Die derzeitige deutsche Familienpolitik erzeugt eine Scheinsicherheit für bestimmte Lebensmomente. Wenn in einer Familie mit Kindern jedoch nur wenige der ganz normalen Lebensverläufe eintreten, wie z. B. Krankheit oder eine Scheidung, sind die Folgen (Hartz IV oder eine spärliche Rente) zwangsläufig die lebenslange Strafe für eine einmal getroffene Entscheidung für Kinder.

In einer Gesellschaft, in der das kapitalistische Prinzip der Ökonomisierung regiert, sind offensichtlich grundlegende Bedingungen für Familien, wie beispielsweise, Bedingungslosigkeit, Loyalität, Stabilität und Flexibilität nicht vorgesehen. Die Familie ist jedoch eine Bastion, auf die sich der reine Ökonomisierungsgedanke nicht anwenden lässt. Wenn die Bundesregierung dies nicht berücksichtigt, und die Familie weiter zum lukrativen Spielball für politische (Wahl)Machtkämpfe nutzen will, werden sich die Bedingungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche in Deutschland, weiter verschlechtern.

Der DBSH warnt vor dieser Entwicklung und stellt seine Kompetenz und Ressourcen bei der Gestaltung einer wirksamen Familienpolitik in Deutschland zur Verfügung.

Heidi Bauer-Felbel
Stabsstelle Kinder- und Jugendhilfe im DBSH

DBSH
Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.
Tariffähige Gewerkschaft
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

„Focus Jugendhilfe - im DBSH“

